

Beschluss Geschlechtergerechte Lausitz: Für einen feministischen und intersektionalen Strukturwandel als Modell

Gremium: Landesversammlung
Beschlussdatum: 07.12.2024
Tagesordnungspunkt: 14. Verschiedenes

Antragstext

1 Strukturwandel in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier muss so gestaltet
2 werden, dass er für alle gerecht ist und dass aus den (ehemaligen) Kohleregionen
3 auch wirklich Zukunftsregionen werden können. Fest steht: Die Region steckt
4 mitten in einer tiefgreifenden Veränderung: wirtschaftlich, sozial und mit Blick
5 auf die Infrastruktur. Alle Bereiche der Gesellschaft sind betroffen:
6 Arbeitsplätze, Wohnraum, öffentlicher Nahverkehr, Kitaplätze, aber auch Kunst,
7 Kultur, Zivilgesellschaft.

8
9 Das ist eine Herausforderung, erst recht in einer Zeit, die sich für die
10 Menschen ohnehin schon unsicher anfühlt. Es ist aber auch eine Riesenchance:
11 Denn jetzt können wir politisch und wirtschaftlich die Weichen stellen, dass
12 hier zu leben auch in Zukunft wirtschaftlich, sozial, demographisch und
13 kulturell den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Wichtig ist, und nur dann
14 ist es nachhaltig, dass alle von den Strukturwandelmaßnahmen profitieren und
15 dass es gerecht für alle, insbesondere auch für strukturell benachteiligte
16 Gruppen, ist. Gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie als Staatsziel im
17 Grundgesetz formuliert sind, sind besonders in Transformationsprozessen die
18 Zielstellung. Dafür muss auch und vor allem eine Geschlechtergerechtigkeits-
19 Perspektive eingenommen werden.

20 Die Art, wie Strukturwandelprojekte aktuell konzipiert, ausgewählt und umgesetzt
21 werden, dient nicht dazu Geschlechtergerechtigkeit voranzubringen. Die
22 öffentlichen Gelder für den Strukturwandel kommen häufig bei Frauen, trans*,
23 inter* und nicht-binären Personen nicht an. Bei der Vergabe von Fördermitteln
24 werden ihre Interessen nicht ausreichend beachtet. Und das, obwohl nach InvKG
25 Artikel 1 §4 Abs. 3 bei den geförderten Vorhaben sowohl die demografische
26 Entwicklung als auch die Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Deutschen
27 Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden sollen.

28 Dabei können wir uns die fehlende Geschlechter- und Diversitätsperspektive gar
29 nicht leisten. Viele, vor allem gut ausgebildete Frauen, wandern bereits heute
30 aus der Region ab, oder kommen nach der Ausbildung nicht zurück. Gleiches
31 beobachten wir auch für queere Menschen. Insbesondere die zurückkehrenden Frauen
32 arbeiten in Jobs, für die sie eigentlich überqualifiziert sind. Eine
33 Wirtschaftsförderung, die nur traditionelle Jobs im Bergbau und in der Industrie
34 schafft, ist zu einseitig. So geht Innovationspotenzial verloren.

35
36 Überspitzt formuliert ist die Lausitz ein demographisches Katastrophengebiet.
37 Diese Dynamik wird sich nicht mehr umfänglich aufhalten lassen, daher ist es
38 umso wichtiger, die Frage zu adressieren, wie umfassende
39 Geschlechtergerechtigkeit in diesem Ungleichgewicht hergestellt werden kann. Die
40 Frage von Zuzug und Neuansiedlungen in der Lausitz wird hier entscheidend sein.
41 Dafür braucht es den Abbau strukturellen Defiziten in der Arbeitswelt

42 insbesondere die Förderung von Akzeptanz und Vielfalt am Arbeitsplatz, durch
43 Gleichstellungs- und Diversity-Management-Strukturen in Betrieben, Belegschaften
44 vor allem aber übergreifend durch regionale Kammern und Innungen, welche ihrer
45 Schlüsselrolle dafür gerecht werden müssen! Für die Förderung von umfassender
46 Geschlechtergerechtigkeit wollen wir die Aufwertung und bessere Anerkennung von
47 Sorge-Arbeit erreichen, welche in einer immer älter werdenden Gesellschaft mit
48 zu wenigen Kindern deutlich mehr Wertschätzung erfahren muss.

49 Ohne sichere Zukunftsaussichten wird die Familienplanung junger Menschen
50 erschwert. Die Gesellschaft überaltert. Es fehlt an kulturellen und
51 gemeinwohlorientierten Angeboten, Möglichkeiten zur Vernetzung sowie
52 Beratungsstrukturen, die das Leben in der Region insgesamt attraktiver machen.
53 Frauen, trans*, inter* und nicht-binäre Personen

54 sind unverzichtbare Träger*innen von Vereinen, Demokratieprojekten oder CSDs.
55 Ihr Wegzug bedeutet daher eine Schwächung der Zivilgesellschaft. Das kann dazu
56 führen, dass Demokratie- und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa
57 Rassismus, Antisemitismus oder Queerfeindlichkeit weiter ausbreiten und sich die
58 Abwanderung weiter verstärk.

59 Wichtig ist, mithilfe einer feministischen und intersektionalen Perspektive den
60 Blick auch auf andere benachteiligte Gruppen zu richten. Die beschriebenen
61 Effekte von Ungleichheit wirken sich auch auf die Lebensrealität von
62 armutsbetroffenen Menschen, Menschen mit Migrationsbiographie, Alleinerziehende,
63 Menschen mit Behinderungen, queere Menschen sowie Kinder und Jugendliche aus.
64 Besonders zu berücksichtigen ist in der Lausitz auch das sorbische Volk, da der
65 Kohleabbau für die Sorb:innen tiefe Narben hinterlassen hat. Der expansive
66 Kohleabbau bedeutete in der Region, dass Dörfer verschwanden, und damit
67 Gemeinschaft, Kultur und Sprache verloren gegangen sind.

68 Die beschriebenen strukturellen Ungleichheiten lassen sich nur mit einem
69 Strukturwandel auflösen, der alle Menschen in den Blick nimmt. Denn mit diesem
70 Blickwinkel können die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur auf eine Weise
71 weiterentwickelt werden, die die strukturellen Ungleichheiten benachteiligter
72 Gruppen und die unterschiedlichen Lebensrealitäten aller Geschlechter mitdenkt.
73 Nur ein feministischer und intersektionaler Ansatz im Strukturwandel bringt
74 umfassende soziale Gerechtigkeit, indem er sich bewusst für die Entwicklung
75 nachhaltiger Lebenschancen für alle in der Region einsetzt. Ohne eine starke
76 feministische und intersektionale Perspektive der umfassenden Gleichstellung auf
77 Strukturwandelprojekte wird es in dieser Transformation keine
78 Geschlechtergerechtigkeit geben und der Strukturwandel in der Lausitz nicht
79 gelingen.

80 Die vielfältigen Fraueninitiativen in der Lausitz, das Bündnis der kommunalen
81 Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz und das Netzwerk „F wie Kraft“, die
82 bereits Pionierarbeit im Themenfeld Gleichstellung und Strukturwandel geleistet
83 haben, sowie die Umlandberatung des Gerede e. V. und die lokalen CSDs, etwa in
84 Görlitz und Bautzen, unterstützen wir ausdrücklich und fordern die stabile
85 Finanzierung ihrer Aufgaben.

86 Die folgenden Forderungen greifen Ideen und Vorarbeit des Bündnisses auf:

87 Um Strukturwandel in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier zukünftig sozial
88 gerecht zu gestalten, fordern wir

89 • Institutionen und Gremien, die Entscheidungen über die Vergabe von
90 Strukturwandelfördermitteln im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes
91 treffen, paritätisch zu besetzen, um zu gewährleisten, dass die Vergabe
92 von Fördergeldern geschlechtersensibel verläuft.

93 Dafür braucht es die Verbesserung der Rahmenbedingungen der politischen
94 Arbeit, insbesondere in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik, damit sie für
95 alle Geschlechter und alle Altersgruppen, sowie durch Mitglieder
96 unterrepräsentierter Gruppen möglich ist.

97 • Gleichstellungsaspekte bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen (Gender
98 Budgeting) und die Vergabe von Strukturfördermitteln neben ökologischen
99 auch an Kriterien der Förderung von Geschlechter- und sozialer
100 Gerechtigkeit zu koppeln (bei der STARK-Richtlinie gibt es etwa die neue
101 Möglichkeit, auch Unternehmen zu fördern). Dies gilt auch für zukünftige
102 Förderprogramme von Land, Bund und Europäischer Union – sie müssen so
103 eingesetzt werden, dass sie feministischen und intersektionalen Kriterien
104 genügen. Bei Gesetzgebungsprozessen müssen die unterschiedlichen
105 Auswirkungen auf Menschen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten in
106 den Blick (Gender Mainstreaming) genommen und evaluiert werden.

107 • die Einrichtung einer Fachstelle Geschlechtergerechtigkeit in der Lausitz,
108 die die Aufgaben Monitoring, Beratung, Wissensbündelung, Evaluierung sowie
109 den Aufbau von Unterstützungsstrukturen und Beratung für die Akteur:innen
110 vor Ort hat und eigenständig in der Region arbeiten kann. Für eine solide
111 Evaluierung braucht es Daten: Gleichstellungsfragen müssen bei Evaluation
112 und Monitoring Teil des Indikatorensets sein.

113 Dabei sind auch Geschlechtsidentitäten jenseits der Binarität von Frau
114 und Mann zu berücksichtigen.

115 • Möglichkeiten von Partizipation und Einspruchsmöglichkeiten bei der
116 Strukturmittelvergabe für die Zivilgesellschaft zu schaffen; dafür müssen
117 Informationen verständlich, zugänglich und transparent sein und
118 niederschwellige Beteiligungsformate angeboten werden.

119 • die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten weiter zu stärken und sie mit
120 echten Handlungs- und Entscheidungskompetenzen auszustatten; bereits
121 vorhandene Strukturen, die von Frauen, trans*, inter* und nicht-binären
122 Personen aufgebaut wurden (wie z.B. das Bündnis der kommunalen
123 Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz), müssen bei der strukturellen
124 Organisation von Ressourcenflüssen eng in Entscheidungsprozesse
125 eingebunden werden.

126 • sich auf kommunaler und Landesebenen für Bleibe- und Rückkehrperspektiven
127 in der Region einzusetzen; dafür braucht es gut bezahlte und flexible und
128 diskriminierungsfreie Arbeitsplätze, die die Vereinbarkeit von Familie,
129 Beruf und Ehrenamt ermöglichen, und eine gute Daseinsvorsorge mit

- 130 bezahlbarem Wohnraum mit ausreichenden Angeboten der Kinderbetreuung,
131 Pflege, Bildung und Weiterbildung, geschlechtersensibler
132 Gesundheitsversorgung auch für trans*,inter* und nicht-binäre Menschen,
133 Freizeitgestaltung, Kultur und Engagement. Auch eine Willkommenskultur für
134 Zugezogene gehört dazu, welche wir durch den gezielten Abbau
135 diskriminierender Strukturen und Empowerment von Vielfalt fördern wollen.
- 136 • den Abbau geschlechterstereotyper Berufswahl durch eine gezielte MINT-
137 Förderung von Frauen- und Mädchen (also die Tätigkeit in Mathematik,
138 Ingenieur-, Naturwissenschaften oder Technik) sowie geschlechtersensible
139 Berufsorientierung, sodass junge Menschen anhand ihrer Interessen und
140 Talente entscheiden und vorherrschende Rollenbilder überwinden können.
141 Überdies fordern wir wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeiten, welche einen
142 Verbleib junger Menschen in der Region fördern.
 - 143 • Investitionen in den öffentlichen Dienst, insbesondere im akademisierten
144 Bereich. Solche Stellen sind für Frauen besonders attraktiv, sodass sie
145 hier überdurchschnittlich profitieren. Dazu braucht es die konsequente
146 Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst, um ein
147 Vorbild für gute Gleichstellung für alle Tätigkeitsbereiche Bereiche der
148 Gesellschaft zu sein.
 - 149 • sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheit und Pflege
150 einzusetzen – hier ist der Anteil von Frauen und Menschen mit
151 Migrationsgeschichte besonders hoch und sie leisten einen unerlässlichen
152 Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum. Dabei denken
153 wir auch an die vielen Menschen, die meist von ihren weiblichen
154 Angehörigen zuhause gepflegt werden und wollen sie in ihrer wichtigen
155 Arbeit gezielt unterstützen, Beratung anbieten und Hilfe-Netzwerke
156 fördern.
 - 157 • gezielt Infrastrukturprojekte zu fördern, die die Bedürfnisse von Frauen,
158 trans*,inter* und nicht-binären Personen sowie weiteren benachteiligten
159 Gruppen – z.B. Kindern, älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen –
160 in den Vordergrund stellen, u.a. durch den Ausbau des ÖPNV („letzte
161 Meile“, Schulbusverkehr, barrierefreier Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
162 gut beleuchtete Haltestellen und Heimwege). Hier setzen wir uns besonders
163 für attraktive Pendel-Verbindungen ein, z.B. durch die vollständige
164 Elektrifizierung der Bahnstrecken zwischen Dresden und Kamenz, sowie
165 Görlitz, weil deutlich leistungsfähigere, komfortablere Pendel-
166 Verbindungen, zusammen mit der Versorgung mit Glasfaser-Anschlüssen im
167 Homeoffice, den beruflich bedingten Wegzug aus der Region entgegenwirken.
 - 168 • Akteur:innen, Bündnisse und Netzwerke vor Ort, die sich
169 zivilgesellschaftlich, z.B. in Demokratieprojekten engagieren, besser zu
170 unterstützen. Das ist unerlässlich, um zum einen antidemokratische,
171 antifeministische und queerfeindliche Bestrebungen zu bekämpfen, und zum
172 anderen ist Ehrenamt auch ein regionaler Attraktivitätsfaktor: Wer sich
173 engagiert, bleibt. Deshalb setzen wir uns nachdrücklich für eine
174 gesicherte Finanzierung zivilgesellschaftlichen Engagements ein.